

Titel:  
Notunterkunft wird bald aufgelöst  
( NGZ vom 30.01.2016)

Datum: 30.01.2016

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir bitten um Veröffentlichung nachstehender Pressemitteilung:

## Transparenz sieht anders aus! Notunterkunft wird bald aufgelöst...

Der NGZ vom 30.01.2016 konnten wir entnehmen, dass die Notunterkunft im Bereich des ehemaligen Finanzamtes an der Erckensstrasse, die die Stadt als Amtshilfe für das Land NRW betreibt, nach dem 29. Februar nicht mehr benötigt wird und dort Asylbewerber untergebracht werden, die dauerhaft in der Stadt bleiben.

Dem Grundsatz nach, haben wir damit kein Problem, im Gegenteil, die dauerhafte Unterbringung erleichtert uns im Bahnhofsquartier die Integration der geflüchteten Menschen. Befremdlich finden wir hingegen, dass der Bürgermeister dem Rat diese neue Entwicklung nicht in der Ratssitzung am 28.01.2016 mitgeteilt hat und wir diese wichtige Information, wie so oft, aus der Presse entnehmen mussten.

Aus unserer Sicht ist bei einem hochsensiblen Thema, wie der Unterbringung von geflüchteten Menschen, absolute Transparenz in der Sache zwingend notwendig und Voraussetzung für verantwortungsvolle zukünftige Entscheidungen im Interesse der Bevölkerung und der geflüchteten Menschen. Mehrfach wurde die Verwaltung gebeten ihre bisher eher zurückhaltende Informationspolitik zu überdenken. Der Aufforderung Bevölkerung und Politik stets über neue Entwicklungen zu informieren, ist die Verwaltung bisher nur schleppend nachgekommen. Zuletzt beklagte die FDP zurecht die mangelnde Informationspolitik vor Ort bei der Unterbringung von Asylbewerbern in Wohnraum am Bahnhof Gustorf.

Gerne hätten wir die Verwaltung befragt, welche Auswirkungen die Unterbringung von dauerhaft zugewiesenen Flüchtlinge im ehemaligen Finanzamt hat. Auf welchen Unterbringungszeitraum haben wir uns einzustellen? Kann davon ausgegangen werden, dass der bisher in Rede stehende Zeitraum von wenigen Jahren obsolet ist?

Die Bürger haben ein Recht darauf stets darüber auf dem Laufenden gehalten zu werden, wie die Planungen in ihrem Lebensumfeld aussehen. Das gilt nicht nur für das Umfeld des Finanzamtes, sondern auch für alle anderen Standorte, die für die Unterbringung von Flüchtlingen geplant sind, wie z.B. das Hagelkreuz und die Konrad-Thomas-Strasse.

Wir erwarten von der Verwaltung, in der Frage der Flüchtlingsunterbringung endlich mehr Transparenz herzustellen. Die Information des Rates über die Presse lehnen wir kategorisch ab.

Vielen Dank in voraus und beste Grüße



Fraktionsvorsitzende



stellv. Vorsitzende